

Asylgesetz – Abstimmung vom 5. Juni 2016 - Aufruf zu einer konstruktiven Asylpolitik

Ja zu mehr Rechtsberatung für ein faireres Verfahren
Nein zu den drastisch gekürzten Rekursfristen
Ja zur beschleunigten Integration
Nein zur Hetze gegen Asylsuchende

Unabhängig davon, wie die Vor- und Nachteile des neuen Asylgesetzes beurteilt werden, plädiert NCBI Schweiz dafür: Die Diffamierung gegen Geflüchtete muss gestoppt werden und die Integration der in der Schweiz bleibenden Asylsuchenden soll schneller ablaufen.

Anfangs Juni entscheiden die Stimmberechtigten an der Urne über die x-te Verschärfung des Asylgesetzes, weil die SVP das Referendum ergriffen hat. Jede dieser Revisionen hat die Situation für Geflüchtete schwieriger gemacht – auf Kosten dieser oft sehr verletzlichen und traumatisierten Menschen werden Vorurteile geschürt, wird rücksichtslos Politik gemacht.

Widersprüchliche Vorlage

Unsere Beurteilung der neuen Vorlage ist ambivalent: Das Asylgesetz bringt einige wichtige Verbesserungen im Verfahren, beispielweise die staatlich finanzierte Rechtsberatung für alle Asylsuchenden. Das ist wichtig, weil es für viele Geflüchtete schwierig ist, das Asylrecht zu verstehen, und einzuschätzen, ob ein erstinstanzliches Urteil gerechtfertigt ist oder nicht. Wenn Rekurse eingelegt werden, gelingt es in zahlreichen Fällen, das Urteil zu korrigieren. Das Asylgesetz bringt aber auch gewichtige Verschlechterungen, beispielweise drastisch verkürzte Fristen für erste Anhörungen und Rekurse. Aufgrund der derart verkürzten Fristen (neu 8 bis 10 Tage) ist es fraglich, ob die Rechtsvertretung ihre Aufgaben wirksam und effektiv zu erfüllen vermag.

Aufgrund dieser durchzogenen Einschätzung der Vorlage sieht NCBI davon ab, seinen Mitgliedern und Sympathisant_innen eine Parole zu empfehlen. Wir möchten aber trotzdem zur aktuellen Asyldebatte Stellung nehmen:

Solidarität statt Angst

Die aktuelle Asyldebatte ist von Widersprüchen geprägt: Einerseits werden die Asylsuchenden als faul diffamiert, andererseits dürfen sie in vielen Kantonen kaum arbeiten. Eine Mehrheit der Asylsuchenden bekommt Schutz und darf bleiben - die Anerkennungsquote ist so hoch wie selten -, die Betroffenen müssen aber jahrelang passiv auf eine Entscheidung warten, ohne diese Zeit für Spracherwerb und Integration in die Arbeitswelt nutzen zu können. Das entmutigt und frustriert die Betroffenen und schürt gleichzeitig Vorurteile.

Einerseits gibt es in der Schweiz immer mehr Solidarität und freiwilliges Engagement für Geflüchtete. Andererseits rufen einzelne Parlamentarier_innen lautstark danach, die Schweiz mit Stacheldraht abzuschotten und die Armee mit Gewehren an die Grenze zu stellen (in letzter Konsequenz wird so in Kauf genommen, dass auf die Ankommenen geschossen würde, um sie vom Grenzübertritt abzuhalten). So werden in grossen Teilen der Bevölkerung diffuse Ängste vor «Flüchtlingswellen» und «Migrantenströmen» geschürt, um anschliessend noch härtere Gesetze und Abwehrmassnahmen rechtfertigen zu können.

Keine Politik auf Kosten von Minderheiten

Es gibt eine Notlage – im Mittelmeer, wo 2015 mehr als 1‘000 Tote durch Ertrinken zu beklagen waren, sowie in Syrien und seinen Nachbarländern, in denen Millionen unter schwierigsten Bedingungen Zuflucht gefunden haben.

In der reichen und privilegierten Schweiz gibt es keine Flüchtlings- oder Asylnotlage. Bund, Kantone und Gemeinden bereiten sich auf eine allenfalls deutlich höhere Zahl von Asylsuchenden – inklusive mehr UMAs (unbegleitete minderjährige Asylsuchende) – mit der Unterstützung von Zivilschutz und Armee vor. Allerdings wird versucht, auf Kosten der Menschen, die vor Krieg und Diktatur fliehen, eine Notlage herbeizureden.

Die Schweiz ist in vielen Bereichen ein Land der Vernunft und der sorgfältigen Planung – warum ist ihre Asylpolitik im Gegensatz dazu voller Widersprüche und Planlosigkeit? Weil das Asylwesen zum politischen Spielball geworden ist! Vorurteile und Ängste - vor Asylsuchenden, Muslim_innen, Dunkelhäutigen, Fremden ganz generell - werden absichtlich geschürt. Das ist der humanitären Tradition der Schweiz unwürdig! Eine Besinnung auf die Menschenrechte muss die Oberhand gewinnen.

Es ist richtig, dass die Schweiz Menschen nicht zurück in Krieg und Diktatur schickt. Die humanitäre, soziale und reiche Schweiz bekennt sich zum Schutz der Verfolgten. Sie kann es sich leisten, faire Asylverfahren, eine schnellere Behandlung erfolgsversprechender Asylanträge und Sprachkurse für diejenigen zu garantieren, die wahrscheinlich langfristig bleiben werden.

Befähigung und Partizipation statt Abschottung und Isolation

Die Verschärfungen des Asylgesetzes haben das unmögliche und unmenschliche Ziel, die Schweiz für Geflüchtete unattraktiv zu machen. Unmöglich, weil Europa (und damit auch die Schweiz) als eines der reichsten, schönsten und sichersten Gebiete der Welt für Menschen aus Diktaturen und Kriegsgebieten, die ihr Leben in der Sahara, im Nahen Osten und auf dem Mittelmeer riskieren, nicht unattraktiv gemacht werden kann. Unmenschlich, weil diese willkürlichen Regelungen dazu führen, dass Tausende von Menschen gezwungenermassen auf Staatskosten leben, weil der Zugang zu Sprachkursen und zum Arbeitsmarkt für sie über Jahre versperrt bleibt und weil ihnen die offizielle Schweiz mit einem generellen Misstrauen begegnet.

Begegnung statt Vorverurteilung

Integration ist dann möglich, wenn vorläufig Aufgenommene als Menschen anerkannt werden, die langfristig in der Schweiz bleiben, anstatt dass sie ausgegrenzt und dann wegen ihrer fehlenden Selbständigkeit angefeindet werden. Gegenseitiges Kennenlernen fördert den Abbau von Ängsten und Vorurteilen und ermöglicht es solidarischen Strömungen, sich zu entwickeln. Die Rhetorik rechtskonservativer Parteien und Gruppierungen fördert somit nicht nur die Stigmatisierung von Geflüchteten bzw. Asylsuchenden und macht sie zu Sündenböcken für verschiedene gesellschaftliche Problemen, sondern diese Debatten treiben Keile zwischen Teile der Schweizer Bevölkerung. Unsere Devise ist es, dem entschieden entgegenzuhalten. Migration ist eine Tatsache, solange es Armut und Kriege gibt, deshalb sollten wir unseren Fokus auf Integration legen.

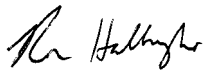
Die SVP sagt „Nein“ zum neuen Asylgesetz, die anderen Parteien (SP, Grüne, FDP, CVP, BDP, GLP u.a.) empfehlen, ihm zuzustimmen, weil es Vorteile wie unentgeltliche Rechtsberatung und schnellere Entscheidungen für Schutzberechtigte vorsieht. Die Demokratischen Jurist_innen Schweiz DJS u.a. plädieren für ein „Nein“, nicht etwa weil sie

mit der SVP einverstanden sind, sondern weil das Gesetz drastische, für sie unakzeptable Verschärfungen mit sich bringt.

NCBI Schweiz gibt keine Parole zum revidierten Asylgesetz ab, sondern beschränkt sich auf diese Stellungnahme zur aktuellen Asyldebatte in der Schweiz:

***Nein zu Diffamierung und Diskriminierung von Asylsuchenden, nein zu Stacheldraht-Asylheimen, nein zu Asyl-Verfahren mit extrem verkürzten Rekursfristen.
Ja zur unentgeltlichen Rechtsberatung und einer offenen Schweiz, mit einer menschenfreundlichen, realistischen Asylpolitik, welche die Integration derjenigen, die hier bleiben, nachhaltig unterstützt – durch Sprachförderung und Erwerbstätigkeit.***

Für den Vorstand von NCBI Schweiz



**Ron Halbright
Ko-Präsident**



**Ganga Jey Aratnam
Ko-Präsident**